

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel
Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Unterrichtung 19/17
Verteiler: Fraktionen Mitglieder IR,
Vorsitzender FIN

28. September 2017

Vorbereitung eines Staatsvertrages über den Datenschutz beim Norddeutschen Rundfunk (NDR-Datenschutz-StV)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

unter Beachtung des Art. 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz (PIG) möchte ich darüber unterrichten, dass die vier Staatsvertragsländer des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg, die Unterzeichnung eines NDR-Datenschutz-Staatsvertrages vorsehen. Der NDR und die Landesdatenschutzbeauftragten haben die Möglichkeit zu dem von den NDR-Staatsvertragsländern erstellten Staatsvertragsentwurf vom 13.09.2017 (**Anlage 1**) Stellung zu nehmen.

Hintergrund des NDR-Datenschutz-Staatsvertrages ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), welche am 25.05.2018 in Kraft tritt. Die Umsetzung der DSGVO muss in allen Mitgliedstaaten bis zu diesem Datum erfolgt sein, da der Verordnungstext ab diesem Zeitpunkt unmittelbar gilt. Nach Artikel 85 der Verordnung besteht die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten in ihren Gesetzen einen Ausgleich zwischen dem Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten und dem Recht auf freie Meinungsäußerung herbeizuführen, d. h. die Datenschutzaufsicht bei Medienunternehmen zu beschränken (Medienprivileg).

Die vier NDR-Staatsvertragsländer haben sich darauf geeinigt, dass die Umsetzung der DSGVO beim NDR in einem vom NDR-Staatsvertrag (NDR-StV) losgelösten Datenschutz-Staatsvertrag erfolgen soll. Diese Entscheidung beruht u. a. darauf, dass auf-

grund der Eilbedürftigkeit der Umsetzung der DSGVO eine grundlegende Überarbeitung des NDR-StV zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll erscheint. Diese wird, so die übereinstimmende Ansicht der vier Staatsvertragsländer, zu gegebener Zeit erfolgen. Bei dieser Überarbeitung würden sodann die Vorschriften des NDR-Datenschutz-Staatsvertrages in den NDR-Staatsvertrag implementiert werden.

Eine Änderung des NDR-StV zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt nur dahingehend, dass die datenschutzrechtlichen Normen im NDR-StV (§ 41 und § 42) nach Artikel 2 NDR-Datenschutz-Staatsvertrag gestrichen und durch § 1 und § 2 Absatz 4 des neuen NDR-Datenschutz-Staatsvertrages ersetzt werden.

Weiterhin sind im NDR-Datenschutz-Staatsvertrag Regelungen zur Ernennung des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim NDR enthalten, welche gänzlich neu sind. Neben der Datenschutzbeauftragten / dem Datenschutzbeauftragten beim NDR, welcher weiterhin die klassischen Aufgaben einer/s Datenschutzbeauftragten wahrnimmt, muss der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrates des NDRs eine/n Rundfunkbeauftragte/n für den Datenschutz beim NDR ernennen, welche/r zuständige Aufsichtsbehörde nach Art. 51 DSGVO über die / den Datenschutzbeauftragten beim NDR ist. Weitere Informationen zum Inhalt des NDR-Datenschutz-Staatsvertrages können Sie der beigefügten Synopse entnehmen (**Anlage 2**).

Die Begrifflichkeiten und Regelungsinhalte im neuen NDR-Datenschutz-Staatsvertrag sind mit den von den Ländern gewählten Änderungen zum 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, welcher u. a. Novellierungen der Datenschutzregelungen im ARD-, ZDF-, und Deutschlandradio-Staatsvertrag (PIG-Schreiben vom 12.06.2017 und 26.09.2017) enthält, abgestimmt und in den wesentlichen Teilen inhaltlich gleich.

Die Paraphierung durch die Regierungschefs der vier NDR-Staatsvertragsländer soll auf der Jahres-MPK am 19. / 20.10.2017 erfolgen. Weiterhin ist die Unterzeichnung des Staatsvertrages nach vorheriger Beteiligung des Landtages nach PIG für Ende November / Anfang Dezember vorgesehen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schrödter

Anlagen: 2

**Staatsvertrag
über den Datenschutz beim Norddeutschen Rundfunk**

(NDR-Datenschutz-Staatsvertrag)

Stand: 13.09.2017

Die Länder

Freie und Hansestadt Hamburg,

Mecklenburg-Vorpommern,

Niedersachsen und

Schleswig-Holstein (im Folgenden: die Länder)

schließen auf der Grundlage des Artikels 85 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz der natürlichen Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119/1 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72) den nachstehenden Staatsvertrag:

**Artikel 1
Staatsvertrag über den Datenschutz beim Norddeutschen Rundfunk
(NDR-Datenschutz-Staatsvertrag)**

**§ 1
Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken, Medienprivileg**

(1) Soweit der NDR personenbezogene Daten zu journalistischen Zwecken verarbeitet, ist es den hiermit befassten Personen untersagt, diese personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken zu verarbeiten (Datengeheimnis). Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort. Im Übrigen finden für die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken von der Verordnung (EU) 2016/679 außer den Kapiteln I, VIII, X und XI nur die Art. 5 Abs. 1 Buchst. f in Verbindung mit Abs. 2, Art. 24 und Art. 32 Anwendung. Art. 82 der Verordnung (EU) 2016/679 gilt mit der Maßgabe, dass nur für eine Verletzung des Datengeheimnisses gemäß der Sätze 1 bis 3 sowie für unzureichende Maßnahmen nach Art. 5 Abs. 1 Buchst. f, Art. 24 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 gehaftet wird. Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für Hilfs- und Beteiligungsunternehmen des NDR. Der NDR kann sich einen Verhaltenskodex geben, der in einem transparenten Verfahren erlassen und veröffentlicht wird. Den betroffenen Personen stehen nur die in den Absätzen 2 und 3 genannten Rechte zu.

(2) Führt die journalistische Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verbreitung von Gegendarstellungen der betroffenen Person oder zu Verpflichtungserklärungen, Beschlüssen oder Urteilen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, so sind diese Gegendarstellungen, Verpflichtungserklärungen und Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.

(3) Wird jemand durch eine Berichterstattung in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, kann die betroffene Person Auskunft über die der Berichterstattung zu Grunde liegenden zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit

1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Rundfunksendungen mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann, oder
2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährsträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann, oder
3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe durch Ausforschung des Informationsbestandes beeinträchtigt würde.

Die betroffene Person kann die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten im Datensatz oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen. Die weitere Speicherung der personenbezogenen Daten ist rechtmäßig, wenn dies für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen erforderlich ist.

§ 2

Ernennung des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim NDR und des Datenschutzbeauftragten oder der Datenschutzbeauftragten des NDR

(1) Der NDR ernennt einen Rundfunkbeauftragten oder eine Rundfunkbeauftragte für den Datenschutz beim NDR (Rundfunkbeauftragter oder Rundfunkbeauftragte), der zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 51 der Verordnung (EU) 2016/679 ist. Die Ernennung erfolgt durch den Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrats für die Dauer von vier Jahren. Eine dreimalige Wiederernennung ist zulässig. Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte muss über die für die Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben und Ausübung seiner oder ihrer Befugnisse erforderliche Qualifikation, Erfahrung und Sachkunde insbesondere im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten verfügen. Das Amt des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten kann nicht neben anderen Aufgaben innerhalb des NDR und seiner Beteiligungs- und Hilfsunternehmen wahrgenommen werden. Sonstige Aufgaben müssen mit dem Amt des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten zu vereinbaren sein und dürfen seine oder ihre Unabhängigkeit nicht gefährden.

(2) Das Amt endet mit Ablauf der Amtszeit, mit Rücktritt vom Amt oder mit Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt. Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte kann seines oder ihres Amtes nur enthooben werden, wenn er oder sie eine schwere Verfehlung begangen hat oder die Voraussetzungen für die Wahrnehmung seiner oder ihrer Aufgaben nicht mehr erfüllt. Dies geschieht durch Beschluss des Verwaltungsrates auf Vorschlag des Rundfunkrates; der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist vor der Entscheidung zu hören.

(3) Das Nähere, insbesondere die Grundsätze der Vergütung, beschließt der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrates in einer Satzung.

(4) Der Datenschutzbeauftragte oder die Datenschutzbeauftragte des NDR gemäß Art. 37 der Verordnung (EU) 2016/679 wird vom Verwaltungsrat benannt.

§ 3

Unabhängigkeit des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten

(1) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist in Ausübung seines oder ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er oder sie unterliegt keiner Rechts- oder Fachaufsicht. Der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates untersteht er oder sie nur insoweit, als seine oder ihre Unabhängigkeit bei der Ausübung seines oder ihres Amtes dadurch nicht beeinträchtigt wird.

(2) Die Dienststelle des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten wird bei der Geschäftsstelle von Rundfunkrat und Verwaltungsrat eingerichtet. Dem Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten ist die für die Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben und Befugnisse notwendige Personal-, Finanz- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen. Die erforderlichen Mittel sind jährlich, öffentlich und gesondert im Haushaltsplan des NDR auszuweisen und dem Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten im Haushaltsvollzug zuzuweisen. Einer Finanzkontrolle durch den Verwaltungsrat unterliegt der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte nur insoweit, als seine oder ihre Unabhängigkeit bei der Ausübung seines oder ihres Amtes dadurch nicht beeinträchtigt wird.

(3) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist in der Wahl seiner oder ihrer Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen frei. Sie unterstehen allein seiner oder ihrer Leitung.

§ 4

Aufgaben und Befugnisse des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten

(1) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte überwacht die Einhaltung der Datenschutzvorschriften dieses Staatsvertrages, des Rundfunkstaatsvertrages, der Verordnung (EU) 2016/679 und anderer Vorschriften über den Datenschutz bei der gesamten Tätigkeit des NDR und seiner Beteiligungsunternehmen im Sinne des § 16c Abs. 3 Satz 1 RStV. Er oder sie hat die Aufgaben und Befugnisse entsprechend der Artikel 57 und 58 Abs. 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2016/679. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Aufsichtsbehörden hat er oder sie, soweit die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken betroffen ist, den Informantenschutz zu wahren. Er oder sie kann gegenüber dem NDR keine Geldbußen verhängen.

(2) Stellt der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte Verstöße gegen Vorschriften über den Datenschutz oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet er oder sie dies gegenüber dem Intendanten oder der Intendantin und fordert ihn oder sie zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist auf. Gleichzeitig unterrichtet er oder sie den Verwaltungsrat. Von einer Beanstandung und Unterrichtung kann abgesehen werden, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt, oder wenn ihre unverzügliche Behebung sichergestellt ist.

(3) Die von dem Intendanten oder von der Intendantin nach Absatz 2 Satz 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandung des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten getroffen worden sind. Der Intendant oder die Intendantin leitet dem Verwaltungsrat gleichzeitig eine Abschrift der Stellungnahme gegenüber dem Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten zu.

(4) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte erstattet jährlich auch den Organen des NDR den schriftlichen Bericht im Sinne des Art. 59 der Verordnung (EU) 2016/679 über seine oder ihre Tätigkeit. Der Bericht wird veröffentlicht, wobei eine Veröffentlichung im Online-Angebot des NDR ausreichend ist.

(5) Jedermann hat das Recht, sich unmittelbar an den Rundfunkbeauftragten oder die Rundfunkbeauftragte zu wenden, wenn er der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch den NDR oder seiner Beteiligungsunternehmen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 in seinen schutzwürdigen Belangen verletzt zu sein.

(6) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist sowohl während als auch nach Beendigung seiner oder ihrer Tätigkeit verpflichtet, über die ihm oder ihr während seiner oder ihrer Dienstzeit bekanntgewordenen Angelegenheiten und vertraulichen Informationen Verschwiegenheit zu bewahren.

Artikel 2

Änderung des NDR-Staatsvertrags

Der Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk vom 17./18. Dezember 1991 (NDR-Staatsvertrag), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 1./2. Mai 2005, wird wie folgt geändert:

Die §§ 41 und 42 werden gestrichen.

Artikel 3

Kündigung, Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag kann nur zusammen mit dem NDR-Staatsvertrag gekündigt werden. Für die Kündigung gilt im Übrigen § 44 Absatz 1 NDR-Staatsvertrag entsprechend.

(2) Dieser Staatsvertrag wird gegenstandslos, wenn der NDR-Staatsvertrag von mindestens drei Ländern gekündigt wird oder wenn er durch Vereinbarung der Länder aufgelöst wird. Erfolgt die Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch weniger als drei Länder, bleibt dieser Staatsvertrag zwischen den übrigen Ländern in Kraft.

(3) Dieser Staatsvertrag tritt am 25. Mai 2018 in Kraft. Sind bis zum 24. Mai 2018 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos. Die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein teilt den übrigen Ländern die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde mit.

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

, den 2017

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern

, den 2017

Für das Land Niedersachsen

, den 2017

Für das Land Schleswig-Holstein

, den 2017

Synopse – NDR-Datenschutz-Staatsvertrag

- Bis zum 25.05.2018 muss die Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in allen Mitgliedstaaten erfolgt sein, ab diesem Zeitpunkt gilt der Verordnungstext unmittelbar. Nach Artikel 85 der Verordnung besteht die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten in ihren Gesetzen einen Ausgleich zwischen dem Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten und dem Recht auf freie Meinungsäußerung herbeizuführen, d. h. die Datenschutzaufsicht bei Medienunternehmen zu beschränken (Medienprivileg).
- Die vier NDR-Staatsvertragsländer (NI, SH, HH, MV) haben sich darauf geeinigt, dass die Umsetzung der DSGVO beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) in einem vom NDR-Staatsvertrag (NDR-StV) losgelösten Datenschutz-Staatsvertrag erfolgen soll. Diese Entscheidung beruht u. a. darauf, dass eine Öffnung des NDR-StV zum jetzigen Zeitpunkt nur für den Bereich Datenschutz nicht sinnvoll erscheint, da im kommenden Jahr voraussichtlich eine umfassende Novellierung des NDR-StV notwendig sein wird (dann hat SH die Rechtsaufsicht über den NDR und ist federführend). Insbesondere ist in NI aufgrund der dort im Januar stattfindenden Landtagswahlen aber auch politisch eine Öffnung des NDR-StV nicht gewollt.
- Die datenschutzrechtlichen Normen im NDR-StV (§ 41 und § 42) werden nach Artikel 2 NDR-Datenschutz-Staatsvertrag gestrichen und durch § 1 und § 2 Absatz 4 des neuen NDR-Datenschutz-Staatsvertrages ersetzt.
- § 1 Absatz 1 bis 3 sowie die §§ 3 und 4 enthalten die Regelungen zur Ernennung des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim NDR und sind gänzlich neu. Die Begrifflichkeiten und Regelungsinhalte im neuen NDR-Datenschutz-Staatsvertrag sind mit den in der Rundfunkkommission gewählten Änderungen zum 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, welcher u. a. Novellierungen der Datenschutzregelungen im ARD-, ZDF-, und Deutschlandradio-Staatsvertrag enthält, abgestimmt und inhaltlich gleich.

NDR-Staatsvertrag	NDR-Datenschutz-Staatsvertrag (Stand: 13.09.2017)	Anmerkung
Medienprivileg		
<p style="text-align: center;">§ 42 Datenschutz im journalistisch-redaktionellen Bereich</p> <p>(1) Soweit der NDR personenbezogene Daten ausschließlich zu eigenen journalistisch-redaktionellen Zwecken verarbeitet, gelten nur die §§ 7 und 8 HmbDSG.</p> <p>(2) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die zu journalistisch-redaktionellen Zwecken verarbeitet werden, ist nur zulässig, wenn sie an andere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und deren Hilfsunternehmen im Rahmen journalistisch-redaktioneller Zusammenarbeit erfolgt.</p>	<p style="text-align: center;">§1 Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken, Medienprivileg</p> <p>(1) Soweit der NDR personenbezogene Daten zu journalistischen Zwecken verarbeitet, ist es den hiermit befassten Personen untersagt, diese personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken zu verarbeiten (Datengeheimnis). Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort. Im Übrigen finden für die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken von der Verordnung (EU) 2016/679 außer den Kapiteln I, VIII, X und XI nur die Art. 5 Abs. 1 Buchst. f in Verbindung mit Abs. 2, Art. 24 und Art. 32 Anwendung. Art. 82 der Verordnung (EU) 2016/679 gilt mit der Maßgabe, dass nur für eine Verletzung des Datengeheimnisses gemäß der Sätze 1 bis 3 sowie für unzureichende Maß-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der Begriff „journalistisch-redaktionell“ wurde zu journalistisch geändert. Der neue Begriff ist weiter und umfasst nun auch Beiträge, welche <i>ohne</i> eine redaktionelle Prüfung des Beitrages veröffentlicht werden. • Aufnahme der Definition des Datengeheimnisses

<p>(3) Führt die journalistisch-redaktionelle Verwendung personenbezogener Daten zu Gegendarstellungen der Betroffenen oder zu Erklärungen, Verfügungen oder gerichtlichen Entscheidungen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, sind die Gegendarstellungen, Unterlassungserklärungen, gerichtlichen Entscheidungen sowie Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.</p>	<p>nahmen nach Art. 5 Abs. 1 Buchst. f, Art. 24 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 gehaftet wird. Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für Hilfs- und Beteiligungsunternehmen des NDR. Der NDR kann sich einen Verhaltenskodex geben, der in einem transparenten Verfahren erlassen und veröffentlicht wird. Den betroffenen Personen stehen nur die in den Absätzen 2 und 3 genannten Rechte zu.</p> <p>(2) Führt die journalistische Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verbreitung von Gegendarstellungen der betroffenen Person oder zu Verpflichtungserklärungen, Beschlüssen oder Urteilen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, so sind diese Gegendarstellungen, Verpflichtungserklärungen und Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • s. oben
---	---	---

<p>(4) ¹Wird jemand durch eine Berichterstattung in seinen schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt, kann der oder die Betroffene Auskunft über die der Berichterstattung zugrunde liegenden zu seiner oder ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. ²Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Rundfunksendungen berufsmäßig journalistisch mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann, 2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann, 3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe des NDR durch Ausforschung des Informati- 	<p>(3) Wird jemand durch eine Berichterstattung in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, kann die betroffene Person Auskunft über die der Berichterstattung zu Grunde liegenden zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Rundfunksendungen mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann, oder 2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährsträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann, oder 3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe durch Ausforschung des Informationsbestan- 	<ul style="list-style-type: none"> • Der vom BVerfG geformte Begriff des Persönlichkeitsrechts konkretisiert den alten Begriff der „schutzwürdigen Interessen“.
---	---	---

<p>onsbestandes beeinträchtigt würde.</p> <p>(5) Der oder die Betroffene kann die Berichtigung unrichtiger Daten oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen.</p>	<p>des beeinträchtigt würde.</p> <p>Die betroffene Person kann die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten im Datensatz oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen. Die weitere Speicherung der personenbezogenen Daten ist rechtmäßig, wenn dies für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen erforderlich ist.</p>	
Datenschutzbeauftragte/r des NDR		
<p>§ 41 Datenschutz</p> <p>(1) ¹Für den Datenschutz beim NDR gilt das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG) vom 5. Juli 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 133, 165, 226), soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. ²§ 2 Absatz 4 und § 31 HmbDSG sind für den NDR nicht mehr anzuwenden; die §§ 21 bis 23, 25 und 26 HmbDSG gelten nicht für den NDR.</p>	<p>§2 Ernennung des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim NDR und des Datenschutzbeauftragten oder der Datenschutzbeauftragten des NDR</p> <p>[...] Absätze 1 bis 3 s. unten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Neben der Datenschutzbeauftragten / dem Datenschutzbeauftragten muss der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrates des NDRs eine/n Rundfunkbeauftragte/n für den Datenschutz beim NDR ernennen, welche/r zuständige Aufsichtsbehörde nach Art. 51 DSGVO ist.

<p>(2) ¹Der Verwaltungsrat bestellt für den NDR einen Datenschutzbeauftragten oder eine Datenschutzbeauftragte und trifft eine Vertretungsregelung. ²Der Datenschutzbeauftragte oder die Datenschutzbeauftragte ist in der Ausübung dieses Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. ³Dies gilt nicht, soweit er oder sie weitere Aufgaben innerhalb der Anstalt wahrnimmt. ⁴Er oder sie untersteht der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates.</p> <p>(3) ¹Der oder die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz bei der Tätigkeit des NDR. ²Dies gilt auch für den Fall, daß Dritte im Auftrage des NDR tätig werden. ³Der oder die Datenschutzbeauftragte kann Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes geben; insbesondere soll er oder sie den Intendanten oder die Intendantin und den Verwaltungsrat in Fragen des Datenschutzes beraten. ⁴Der Intendant oder die Intendantin unterstützt den Datenschutzbeauftragten oder die Daten-</p>	<p>(4) Der Datenschutzbeauftragte oder die Datenschutzbeauftragte des NDR gemäß Art. 37 der Verordnung (EU) 2016/679 wird vom Verwaltungsrat benannt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der / die Datenschutzbeauftragte beim NDR ist für die klassischen Aufgaben eines Datenschutzbeauftragten in einem Unternehmen zuständig, dies umfasst sowohl den journalistischen wie auch den fiskalischen und verwaltungs-internen Bereich, insbesondere z. B. in Personalangelegenheiten etc. Diese Tätigkeit nimmt ca. 30 % bis 40 % seiner eigentlichen Tätigkeit beim NDR ein.
--	---	--

<p>schutzbeauftragte bei der Erfüllung dessen oder deren Aufgaben. ⁵Dem oder der Datenschutzbeauftragten ist dabei</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. insbesondere Auskunft zu Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen und Akten zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten stehen, namentlich in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme, 2. jederzeit Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren. <p>Gesetzliche Geheimhaltungsvorschriften können einem Auskunfts- oder Einsichtsverlangen nicht entgegengehalten werden.</p> <p>(4) Für den Datenschutzbeauftragten oder die Datenschutzbeauftragte gilt hinsichtlich des Dateiregisters des NDR § 24 HmbDSG entsprechend.</p> <p>(5) ¹Stellt der oder die Datenschutzbeauftragte Verstöße gegen Datenschutzbe-</p>		
---	--	--

<p>stimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, beanstandet er oder sie diese gegenüber dem Intendanten oder der Intendantin und fordert zur Stellungnahme innerhalb einer von ihm oder ihr zu bestimmenden Frist auf. ²Die Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die auf Grund der Beanstandung des oder der Datenschutzbeauftragten getroffen worden sind. ³Wird der Verstoß oder sonstige Mangel nicht innerhalb der gesetzten Frist behoben, richtet der oder die Datenschutzbeauftragte eine weitere Beanstandung an den Verwaltungsrat.</p> <p>(6) Der oder die Datenschutzbeauftragte kann von einer Beanstandung absehen oder auf eine Stellungnahme des NDR verzichten, insbesondere wenn es sich um Fälle von geringer Bedeutung handelt oder wenn die Behebung der Mängel sichergestellt ist.</p> <p>(7) Mit der Beanstandung kann der oder die Datenschutzbeauftragte Vorschläge</p>		
--	--	--

<p>zur Beseitigung der Mängel und zur sonstigen Verbesserung des Datenschutzes verbinden.</p> <p>(8) Jeder Bürger und jede Bürgerin kann sich an den Datenschutzbeauftragten oder die Datenschutzbeauftragte wenden, wenn er oder sie der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner oder ihrer personenbezogenen Daten durch den NDR oder in dessen Auftrag tätig werdende Dritte in seinen oder ihren schutzwürdigen Interessen verletzt worden zu sein.</p> <p>(9) Der oder die Datenschutzbeauftragte erstattet dem Verwaltungsrat jährlich einen Tätigkeitsbericht.</p>		
NEU: Rundfunkbeauftragte/r für den Datenschutz beim NDR		
	<p style="text-align: center;">§2</p> <p>Ernennung des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim NDR und des Datenschutzbeauftragten oder der Datenschutzbeauftragten des NDR</p> <p>(1) Der NDR ernennt einen Rundfunkbe-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Neben der Datenschutzbeauftragten / dem Datenschutzbeauftragten ernannt der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrates des NDRs eine/n Rundfunkbeauftragte/n für den Datenschutz beim NDR.

<p><i>Keine Regelung im NDR-StV</i></p>	<p>auftragten oder eine Rundfunkbeauftragte für den Datenschutz beim NDR (Rundfunkbeauftragter oder Rundfunkbeauftragte), der zuständigen Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 51 der Verordnung (EU) 2016/679 ist. Die Ernennung erfolgt durch den Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrats für die Dauer von vier Jahren. Eine dreimalige Wiederernennung ist zulässig. Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte muss über die für die Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben und Ausübung seiner oder ihrer Befugnisse erforderliche Qualifikation, Erfahrung und Sachkunde insbesondere im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten verfügen. Das Amt des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten kann nicht neben anderen Aufgaben innerhalb des NDR und seiner Beteiligungs- und Hilfsunternehmen wahrgenommen werden. Sonstige Aufgaben müssen mit dem Amt des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten zu vereinbaren sein und dürfen seine oder ihre Unabhängigkeit nicht gefährden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der / die Rundfunkbeauftragte für den Datenschutz beim NDR überwacht den Datenschutzbeauftragten des NDRs und hat Behördenqualität.
---	--	---

	<p>(2) Das Amt endet mit Ablauf der Amtszeit, mit Rücktritt vom Amt oder mit Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt. Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte kann seines oder ihres Amtes nur enthoben werden, wenn er oder sie eine schwere Verfehlung begangen hat oder die Voraussetzungen für die Wahrnehmung seiner oder ihrer Aufgaben nicht mehr erfüllt. Dies geschieht durch Beschluss des Verwaltungsrates auf Vorschlag des Rundfunkrates; der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist vor der Entscheidung zu hören.</p> <p>(3) Das Nähere, insbesondere die Grundsätze der Vergütung, beschließt der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Rundfunkrates in einer Satzung.</p>	
	<p style="text-align: center;">§3</p> <p style="text-align: center;">Unabhängigkeit des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten</p> <p>(1) Der Rundfunkbeauftragte oder die</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist auch vorstellbar, dass der Rund-

<p><i>Keine Regelung im NDR-StV</i></p>	<p>Rundfunkbeauftragte ist in Ausübung seines oder ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er oder sie unterliegt keiner Rechts- oder Fachaufsicht. Der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates untersteht er oder sie nur insoweit, als seine oder ihre Unabhängigkeit bei der Ausübung seines oder ihres Amtes dadurch nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>(2) Die Dienststelle des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten wird bei der Geschäftsstelle von Rundfunkrat und Verwaltungsrat eingerichtet. Dem Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten ist die für die Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben und Befugnisse notwendige Personal-, Finanz- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen. Die erforderlichen Mittel sind jährlich, öffentlich und gesondert im Haushaltsplan des NDR auszuweisen und dem Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten im Haushaltsvollzug zuzuweisen. Einer Finanzkontrolle durch den Verwaltungsrat unterliegt der Rundfunkbeauftragte</p>	<p>funkbeauftragte für den Datenschutz einer externen Stelle unterliegt, beispielsweise einer beauftragten Anwaltskanzlei.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Da auch andere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten die Funktion des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz neu schaffen, wäre es auch denkbar, dass es <i>einen</i> Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz für <i>alle</i> regionalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt. • Da die Aufgabe des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz darin besteht, den Datenschutzbeauftragten der jeweiligen Anstalt zu überwachen, was lediglich einen geringen Teil seiner Tätigkeit einnimmt, wäre es womöglich sogar am effektivsten, wenn eine Person über alle Datenschutzbeauftragten ö-r Anstalten wacht. Diese Entscheidung obliegt aber den Anstalten selbst.
---	--	---

	<p>oder die Rundfunkbeauftragte nur insoweit, als seine oder ihre Unabhängigkeit bei der Ausübung seines oder ihres Amtes dadurch nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>(3) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist in der Wahl seiner oder ihrer Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen frei. Sie unterstehen allein seiner oder ihrer Leitung.</p>	
	<p>§4 Aufgaben und Befugnisse des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten</p> <p>(1) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte überwacht die Einhaltung der Datenschutzvorschriften dieses Staatsvertrages, des Rundfunkstaatsvertrages, der Verordnung (EU) 2016/679 und anderer Vorschriften über den Datenschutz bei der gesamten Tätigkeit des NDR und seiner Beteiligungsunternehmen im Sinne des § 16c Abs. 3 Satz 1 RStV. Er oder sie hat die Aufgaben und Befugnisse ent-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wortgleich mit den Bestimmungen des ZDF- und DLR-Staatsvertrages.

	<p>sprechend der Artikel 57 und 58 Abs. 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2016/679. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Aufsichtsbehörden hat er oder sie, soweit die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken betroffen ist, den Informantenschutz zu wahren. Er oder sie kann gegenüber dem NDR keine Geldbußen verhängen.</p> <p>(2) Stellt der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte Verstöße gegen Vorschriften über den Datenschutz oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet er oder sie dies gegenüber dem Intendanten oder der Intendantin und fordert ihn oder sie zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist auf. Gleichzeitig unterrichtet er oder sie den Verwaltungsrat. Von einer Beanstandung und Unterrichtung kann abgesehen werden, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt, oder wenn ihre unverzügliche Behebung sichergestellt ist.</p> <p>(3) Die von dem Intendanten oder von der</p>	
--	---	--

	<p>Intendantin nach Absatz 2 Satz 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandung des Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten getroffen worden sind. Der Intendant oder die Intendantin leitet dem Verwaltungsrat gleichzeitig eine Abschrift der Stellungnahme gegenüber dem Rundfunkbeauftragten oder der Rundfunkbeauftragten zu.</p> <p>(4) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte erstattet jährlich auch den Organen des NDR den schriftlichen Bericht im Sinne des Art. 59 der Verordnung (EU) 2016/679 über seine oder ihre Tätigkeit. Der Bericht wird veröffentlicht, wobei eine Veröffentlichung im Online-Angebot des NDR ausreichend ist.</p> <p>(5) Jedermann hat das Recht, sich unmittelbar an den Rundfunkbeauftragten oder die Rundfunkbeauftragte zu wenden, wenn er der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner personenbezoge-</p>	
--	---	--

	<p>nen Daten durch den NDR oder seiner Beteiligungsunternehmen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 in seinen schutzwürdigen Belangen verletzt zu sein.</p> <p>(6) Der Rundfunkbeauftragte oder die Rundfunkbeauftragte ist sowohl während als auch nach Beendigung seiner oder ihrer Tätigkeit verpflichtet, über die ihm oder ihr während seiner oder ihrer Dienstzeit bekanntgewordenen Angelegenheiten und vertraulichen Informationen Verschwiegenheit zu bewahren.</p>	
--	--	--